

Herr Gleß erläuterte zunächst noch einmal die Sitzungsvorlage. Hierbei wies er insbesondere darauf hin, dass das Thema „Klimaschutz“ als interdisziplinär zu betrachten sei.

Anschließend stellte Frau Nellißen anhand einer Powerpointpräsentation den Bericht der Projektgruppe Klimaschutz vor.

Anmerkung:

Die Folien der Powerpointpräsentation sind der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Der Ausschussvorsitzende bedankte sich zunächst bei Frau Nellißen für den Vortrag.

Herr Metz von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bedankte sich ebenfalls für den interessanten Vortrag. Die CO₂-Bilanz sei insofern interessant, als dass Sankt Augustin zwar über sehr wenig Industrie verfüge. Man müsse jedoch unterscheiden zwischen dem Pro-Kopf-Verbrauch und dem, was jeder einzelne Sankt Augustiner Bürger tatsächlich verbrauche. Denn dadurch, dass Sankt Augustin eine Auspendlerstadt sei, würden zahlreiche Bürger vor allem tagsüber ihren CO₂-Anteil in anderen Städten verbrauchen. Der Bericht zeige gleichfalls, dass auch die Bemühungen der Stadtverwaltung gerade im Hinblick auf energetische Sanierungsmaßnahmen Früchte tragen. Die Stadt müsse außerdem auch weiterhin den Einfluss auf Privathaushalte nehmen in Form eines ausreichenden ÖPNV-Angebotes.

Es stelle sich ihm die Frage, wie der Rat und die Bürgerschaft in die Erstellung des Fahrplans für Umwelt- und Klimaschutz eingebunden werden könnten. Dies sollte nicht nur im Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss erfolgen, sondern auch im Gebäudeausschuss sowie im Feuer- und Zivilschutzsausschuss.

Frau Feld-Wielpütz von der CDU-Fraktion bedankte sich zunächst für den aufschlussreichen Bericht. Die Auswertung für die Stadt Sankt Augustin könne durchaus als positiv angesehen werden. Sie stimmte Herrn Metz zu, dass hierzu auch die von ihm benannten Ausschüsse zu beteiligen seien. Im Falle des Gebäudeausschusses habe es bereits im Jahr 2011 entsprechende Beratungen gegeben.

Sie stellte die Frage, wie sich das Büro für Natur- und Umweltschutz (BNU) eine Aufklärung gerade im Bereich der Schulen vorstelle. Es sei ihr wichtig, dass jeder Einzelne bereits frühzeitig für dieses Thema sensibilisiert werde. Auch stelle sich die Frage, inwieweit private Nutzer im Falle entsprechender Investitionen aus Fördermitteln des Landes unterstützt werden könnten.

Weiterhin interessiere sie, inwieweit das BNU schon Gespräche mit dem Zentralverband Sanitär Heizung Klima oder der Kreishandwerkerschaft geführt habe hinsichtlich der Erhebung von Daten.

Herr Nettesheim von der SPD-Fraktion bedankte sich zunächst für den Vortrag. Er stimme Frau Feld-Wielpütz und Herrn Metz zu, dass zu diesem Thema auch die genannten Ausschüsse zu beteiligen seien. Aber auch der Energiebeirat sollte mit eingebunden werden.

Frau Jung von der FDP-Fraktion sprach ebenfalls ihren Dank für den Vortrag aus. Sie bat darum, den European Energy Award und seine Auswirkungen für die Stadt Sankt

Augustin noch einmal kurz zu erläutern.

Sie halte es für sehr wichtig, die Bürgerschaft in diesen Gesamtprozess möglichst frühzeitig einzubinden und zu motivieren, da die durch die Stadtverwaltung selbst verursachten Verbräuche doch relativ gering seien.

Herr Gleß stimmte der Einschätzung zu, dass eine frühzeitige Bürgerbeteiligung aus den genannten Gründen von größter Wichtigkeit wäre. So werde man, sobald das Konzept in seiner Erstellung eine gewisse Reife erreiche, Bürgerforen und Informationsveranstaltungen durchführen. Bis dahin seien allerdings schon einige Teilaufgaben zu erledigen, bei welchen man die Bürgerschaft bereits mitnehmen müsse, um sie beispielsweise von möglichen Investitionen zu überzeugen oder sie dabei zu unterstützen, ihre Gebäude zu ertüchtigen. Bereits jetzt würden durch das BNU umfangreiche Beratungsmaßnahmen durchgeführt, beispielsweise hinsichtlich der Fördermöglichkeiten.

Frau Nellißen führte ergänzend aus, dass es nur zum Teil richtig sei, dass der CO₂-Verbrauch der Sankt Augustiner Bürgerinnen und Bürger zu einem Großteil in anderen Städten anfalle. In der Bilanz seien die Zahlen der Kfz-Zulassungen berücksichtigt. Je nach dem um was für Fahrzeuge es sich dabei handle seien die entsprechenden Fahrkilometer dort statistisch hinterlegt. Selbst wenn man nur eine geringe Kilometerleistung im Stadtgebiet erreichen würde, würde trotzdem eine höhere Fahrleistung unterstellt, sodass Emissionen berücksichtigt würden, welche in anderen Städten anfielen. Andere Kommunen gingen genauso vor, sodass es nicht zu Doppelzählungen komme. Eine Verfeinerung dieser Zahlen könne aber zukünftig noch über Verkehrszählungen erfolgen.

Sie wies ergänzend zu den Ausführungen des Herrn Gleß daraufhin, dass bereits jetzt eine umfassende Beratung hinsichtlich der bestehenden Fördermöglichkeiten durch das BNU erfolge, da dies doch ein sehr komplexes Thema sei und es hier zahlreiche Möglichkeiten gebe

Zur Kreishandwerkerschaft seien bereits entsprechende Kontakte hergestellt und es sei auch beabsichtigt, von dort weitere Daten zu bekommen. Im weiteren Verfahren sei es auch wichtig zu erfahren, an welchen Stellen die Unternehmen in der Lage seien, ihren Beitrag zu leisten.

Hinsichtlich des European Energy Awards führte sie aus, dass es sich hierbei um eine Art Qualitäts-Management-System für den Klimaschutz handle. Hierzu stellt die Kommune eine CO₂-Bilanz auf, welche zunächst als Status Quo gelte. Anschließend würden nach standardisierten Verfahren Kriterien ermittelt, wie der CO₂-Bedarf gesenkt werden könne, bei denen man sich Ziele setze. Über den Award bekomme man hierfür das Handwerkszeug. Mittels eines Punktesystems werde die Zielerreichung ermittelt. Bei Erreichen einer bestimmten Punktzahl erhalte die Kommune dann die Auszeichnung, je nach Grad der Erreichung in Bronze, Silber oder Gold.

Herr Bellinghausen von der Fraktion AUFBRUCH! merkte an, dass er bei einer genaueren Betrachtung des Solar-Energie-Katasters festgestellt habe, dass dort zwei nebeneinanderstehende Häuser mit gleicher Dachneigung unterschiedlich bewertet wurden.

Weiterhin fragte er an, ob ein Beitritt zum Convent der Bürgermeister angedacht sei, wonach sich Städte zu einer Energieeinsparung in Höhe von 20% bis zum Jahr 2020

verpflichteten.

Herr Metz stellte klar, dass es ihm nicht bei der Pendlerzahl um das Pendeln an sich gegangen sei, sondern um den CO₂-Verbrauch vor Ort, zum Beispiel durch den Stromverbrauch im Büro.

Weiterhin fragte er an, ob es auch auf regionaler Ebene bereits Vergleichszahlen gebe.

Herr Kourkoulos von der SPD-Fraktion stellte die Frage, inwieweit Hitzetage Konsequenzen auf die Prüfung des Klimawandels hätten.

Weiterhin interessiere ihn, inwieweit die mögliche zukünftige Häufung von Starkregenereignissen Konsequenzen für die Stadt haben, z.B. hinsichtlich der Ertüchtigung der Kanalisation.

Schließlich fragte er an, ob das Angebot der Verwaltung auf Beratung bei den Hauseigentümern bekannt sei oder ob es nicht auch sinnvoll wäre, diese offensiv hierüber zu informieren.

Frau Feld-Wielpütz stimmte Herrn Bellinghausen zu, machte aber deutlich, dass dies nicht nur auf Hauseigentümer beschränkt werden dürfe. So sollten auch Wohnungseigentümer hinreichend informiert werden.

Zudem regte sie an, in einer der nächsten Ausschusssitzungen seitens der Verwaltung über die vorhandenen Förderprogramme zu informieren.

Es sollte bei der Verwaltung die Möglichkeit geben, sowohl die gesamte Bürgerschaft hinsichtlich des individuellen Nutzerverhaltens sowie Haus- und Wohnungseigentümer hinsichtlich bestehender Förderprogramme für Investitionen hinreichend zu informieren.

Herr Gleß erläuterte, dass bei Gesprächen mit möglichen Investoren immer erörtert werde, was in Bezug auf Klimaschutz getan werden müsse. So sei beispielsweise bei der Siedlung „Im Rebhuhnfeld“ auf Initiative der Stadt die klimafreundliche Energieversorgung in einem städtebaulichen Vertrag fixiert worden. Dies gelte gleichfalls für jede größere Investitionsmaßnahme.

Weiterhin führte er aus, dass es das BNU bereits als zentrale Anlaufstelle bei der Stadt Sankt Augustin gebe, wo man entsprechende Informationen vorgehalten würden. Zudem sei vor kurzem eine Informationsbroschüre veröffentlicht worden, in welcher grundsätzliche Hinweise gegeben werden, was man in Einfamilienhäusern und größeren Gebäuden tun kann. Es sei jedoch nicht finanzierbar, diese an alle 23.000 Haushalte im Sankt Augustiner Stadtgebiet zu verteilen. Hierzu bedürfe es der Generierung von Fremdmitteln. Dies gelte auch beispielsweise für die energetische Ertüchtigung der Stadtbeleuchtung. Auch diese hätte ohne entsprechende Förderprogramme nicht realisiert werden können. Nicht zuletzt hänge eine weitreichende Bürgerinformation auch von den Personalressourcen ab.

Frau Nellißen sagte hinsichtlich kommunaler Vergleichswerte, dass für die Stadt Bonn die Pro-Kopf-Emissionen von CO₂ bei ca. 7,99t pro Jahr. Es werde auch zukünftig versucht, bei den umliegenden Kommunen solche Werte abzugreifen. Hierzu werde man auch den Kontakt mit dem Rhein-Sieg-Kreis suchen um zu erfahren, inwieweit bei anderen kreisangehörigen Gemeinden CO₂-Bilanzen bereits vorliegen. Bei solchen Vergleichen käme es jedoch auch immer darauf an, möglichst solche Kommunen heranzuziehen, welche infrastrukturell mit Sankt Augustin vergleichbar seien.

Bezüglich der Frage nach den Hitzetagen führte sie aus, dass es hierzu per Definition an mehreren Tagen am Stück Temperaturen von über 25 Grad und gleichzeitig tropischer Nächte von nicht unter 20 Grad bedarf. Wenn dies der Fall ist, können sich Gebäude vor allem nachts nicht abkühlen, was sich dann vorwiegend in dicht besiedelten Bereichen negativ auswirkt. Dieses Problem betreffe Sankt Augustin jedoch nicht sehr stark, da hier immer wieder darauf geachtet würde, Frischluftschneisen vorzuhalten.

Schließlich erläuterte sie bezüglich der unterschiedlichen Bewertung von Häusern in der Katasterdarstellung, dass diese Werte mittels einer Befliegung erhoben wurden. Dabei käme es jedoch beispielsweise darauf an, mit welcher Dacheindeckung die einzelnen Häuser versehen seien.